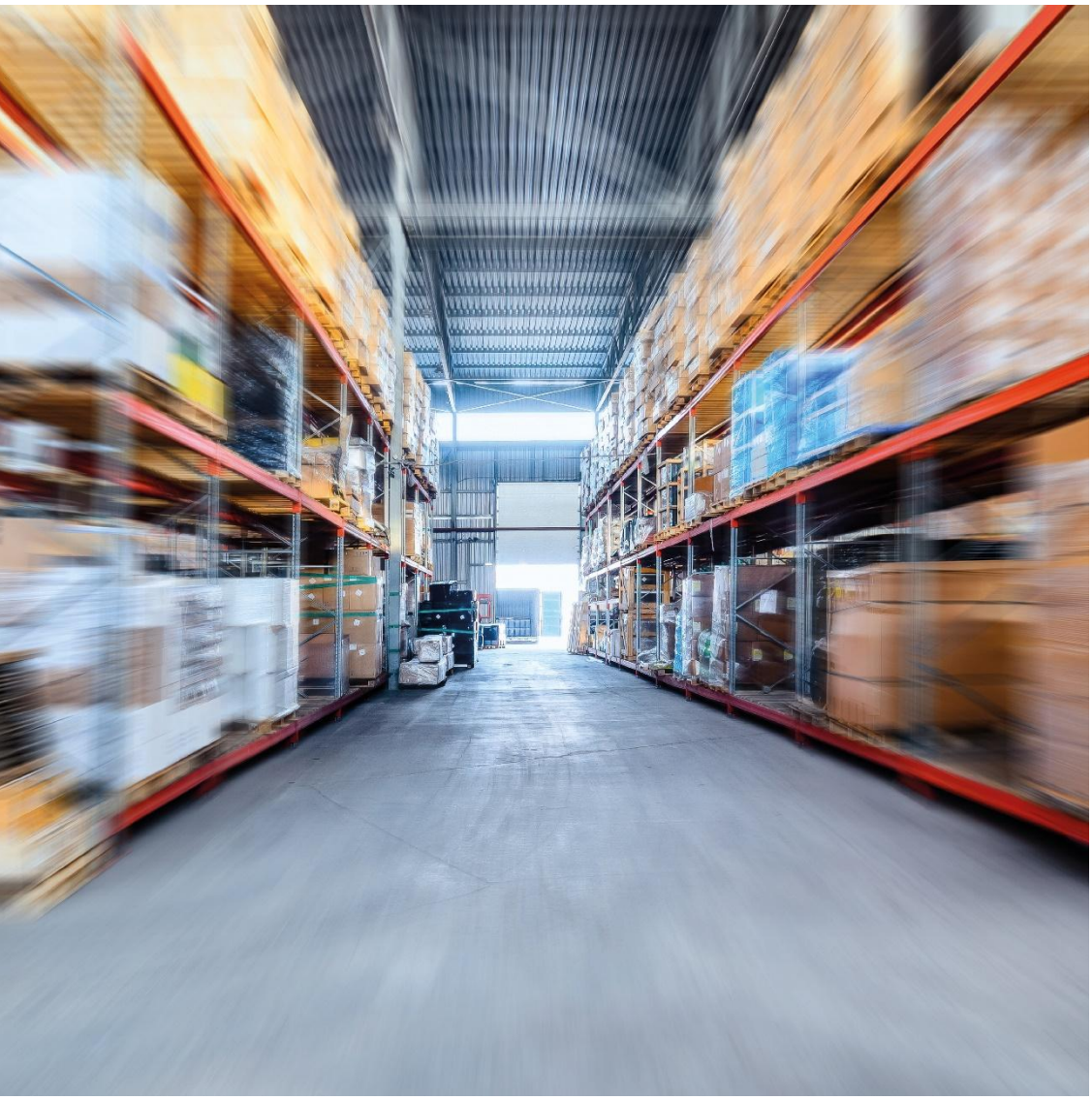
trends & analysen großhandel

September 2026



LGAD
Landesverband Bayern
Großhandel · Außenhandel · Dienstleistungen e.V.

BGA

trends & analysen großhandel bayern

Die Stimmung im Großhandel in Bayern bleibt stabil, aber eingetrübt. Eine wirkliche Dynamisierung im Großhandel zeichnet sich nicht ab. Allenfalls kann von einer Konsolidierung auf niedrigem Niveau gesprochen werden. Die schwierige wirtschaftliche Lage in Verbindung mit den vielfältigen Herausforderungen aus den geopolitischen Unsicherheiten und den Standortschwächen belasten die Unternehmen. Dies sind zusammenfassend die wesentlichen Ergebnisse der Umfrage des LGAD gemeinsam mit dem BGA zur wirtschaftlichen Lage und den weiteren Perspektiven im Großhandel in Bayern im Sommer 2026.

Die Umsätze im Großhandel in Bayern sind aktuell preislich geprägt vom Kostendruck aus Beschaffung, Mobilität und Energie. Sie lagen nach Angaben des Bayerischen Landesamts für Statistik in den ersten sieben Monaten des Jahres 2026 um 5,5 Prozent nominal und 1,5 Prozent real über dem Vorjahr. Im Produktionsverbindungshandel stiegen die Umsätze dabei nominal um 9,8 Prozent, preisbereinigt allerdings nur um 3,2 Prozent. Der Konsumgütergroßhandel konnte dagegen nominal nur 0,3 Prozent zulegen, real wurde aber 0,8 Prozent weniger verkauft. Nach Berechnungen des LGAD und BGA auf Grundlage der Daten des Statistischen Bundesamtes und des Bayerischen Landesamtes für Statistik betrug der Gesamtumsatz der rund 20.800 Unternehmen 2025 über 250 Milliarden Euro und die Zahl der Beschäftigten 330.500.

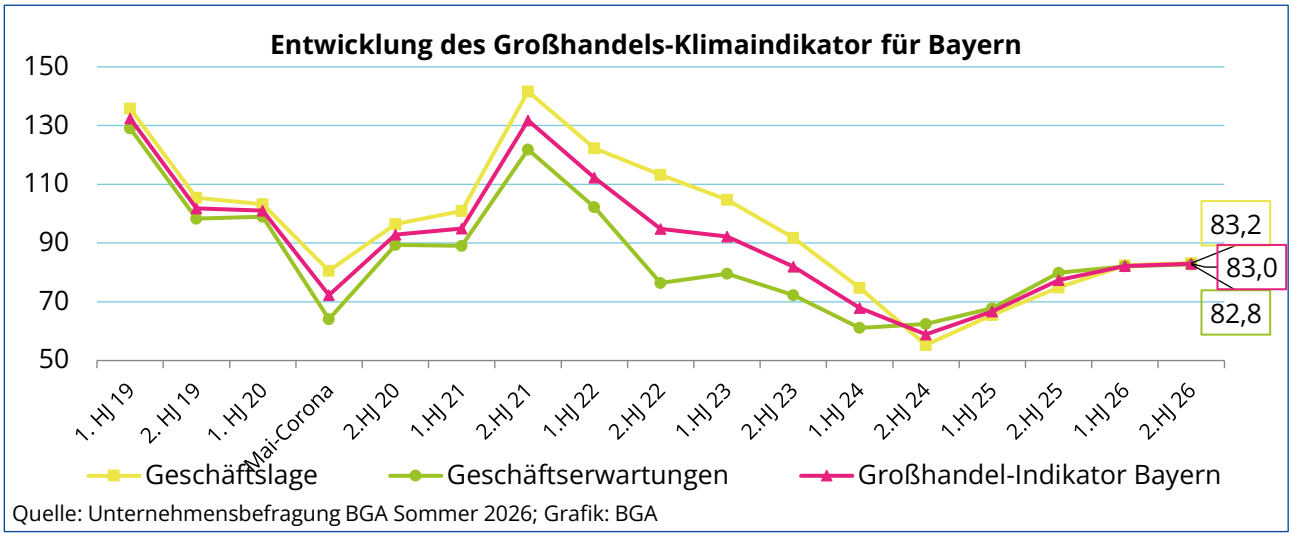
Die Zahl der Beschäftigten bleibt in den ersten sieben Monaten des Jahres 2026 mit einem Rückgang um 0,2 Prozent weitgehend stabil. Im Produktionsverbindungshandel nahm sie um 0,1 Prozent zu, im Konsumgütergroßhandel um 0,3 Prozent ab, Diese Entwicklung zentraler Kennziffern spiegelt die weiterhin angespannte Lage und die deutlich gedrückte Stimmung im Großhandel in Bayern. Sie deutet zudem kaum auf eine wesentliche, schnelle Besserung hin.

Die Umfrage zeigt deutlich, dass sich die Schwächen des Wirtschaftsstandortes Deutschland zunehmend bemerkbar machen und die Unternehmen an Wettbewerbsfähigkeit verlieren. Die Politik muss daher nach Auffassung des LGAD die rechtlichen und infrastrukturellen Rahmenbedingungen am Standort Deutschland attraktiver gestalten sowie Kostenbelastungen und Bürokratie effektiv abbauen.

Der Klimaindikator ergibt sich aus der aktuellen Lagebewertung und den künftigen Erwartungen der Großhändler in Bayern. Er basiert auf der Unternehmensumfrage des Bundesverbandes Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA) und des Landesverbandes Bayern (LGAD) zur Jahresmitte 2026. Ein Wert über 100 Punkte weist auf ein positives, ein Wert unter 100 Punkte auf ein negatives Stimmungsbild hin.

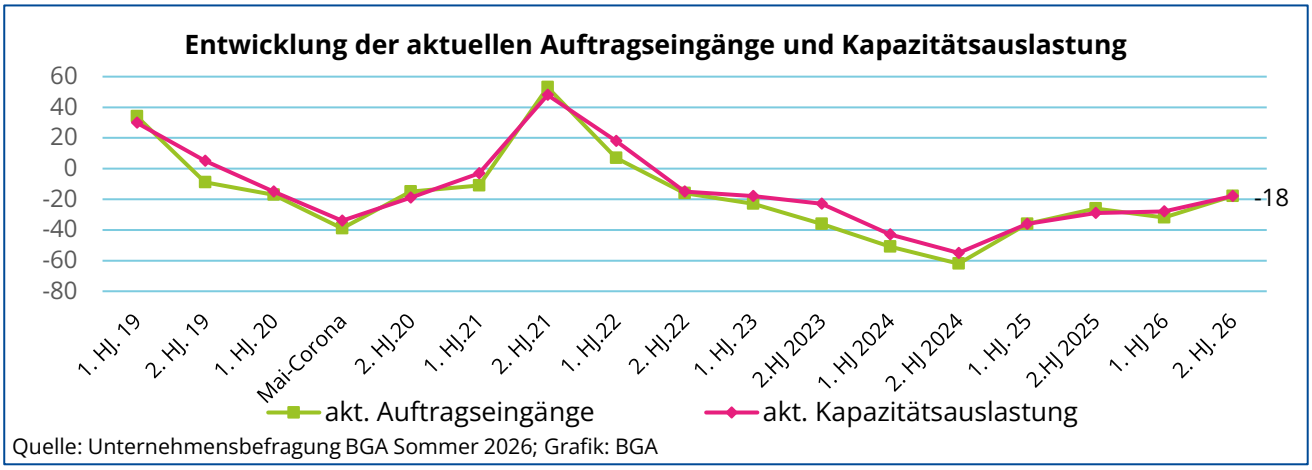
konsolidierung auf niedrigem niveau

Der Klimaindikator für den Großhandel in Bayern zeigt eine Seitwärtsbewegung. Gegenüber der vorherigen Umfrage kann allenfalls von einer Stabilisierung auf schwachem Niveau gesprochen werden. Der Indikator liegt nun bei einem Wert von 83,0 Punkten. Damit liegt er leicht unter dem Niveau des Bundesdurchschnitts (84,8 Punkte), wobei die Stimmung bei den Großhändlern in Bayern insgesamt sehr verhalten bleibt. Eine konjunkturelle Erholung zeichnet sich nach Einschätzung des LGAD kurzfristig nicht ab.



Quelle: Unternehmensbefragung BGA Sommer 2026; Grafik: BGA

Die aktuelle Lagebewertung liegt nun bei 83,2 Punkten (Bundesdurchschnitt: 86,5 Punkte). Der Wert spiegelt weiterhin eine gedrückte Bewertung wider und fällt damit leicht unter den Bundesdurchschnitt. Die Geschäftserwartungen werden mit 82,8 Punkte bewertet und liegen damit fast auf dem Bundesdurchschnitt, der 83,2 Punkte beträgt.



Quelle: Unternehmensbefragung BGA Sommer 2026; Grafik: BGA

Die Bewertungen von Auftragseingängen und Kapazitätsauslastung haben sich im Vergleich zur Umfrage vom Sommer 2025 verbessert. Der Saldo aus positiven und negativen Bewertungen der aktuellen Kapazitätsauslastung und Auftragslage beträgt nun jeweils -18 Punkte. Damit entsprechen die Werte etwa dem Bundesdurchschnitt (-18 bzw. -15 Punkte).

Auf Grund der insgesamt weiter schwachen Auftragslage und Kapazitätsauslastung halten sich die Großhändler auch in Bayern mit Investitionen zurück. Nur 3 Prozent wollen im ersten Halbjahr 2026 ihre Investitionen ausweiten, 55 Prozent dagegen senken. Die Ursachen für die Zurückhaltung liegen insbesondere in der insgesamt volatilen Lage und den aus Sicht der Unternehmen wenig attraktiven wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen für Investitionen. Die schwierige Geschäftslage aus sinkenden Umsätzen bei hoher Belastung mit Kosten und Bürokratie erhöht in vielen Unternehmen den Druck auf die Beschäftigung. 21 Prozent wollen ihre Beschäftigung reduzieren, aber nur 14 Prozent erhöhen. Selbst in der Ausbildung junger Menschen zeigt sich zunehmende Zurückhaltung. Nur noch 52 Prozent wollen neue Ausbildende einstellen. 6 Prozentpunkte weniger als noch vor einem halben Jahr.

Diese Entwicklung wesentlicher Kennziffern deutet aktuell eher auf eine Konsolidierung in den Unternehmen auf schwachem Niveau.

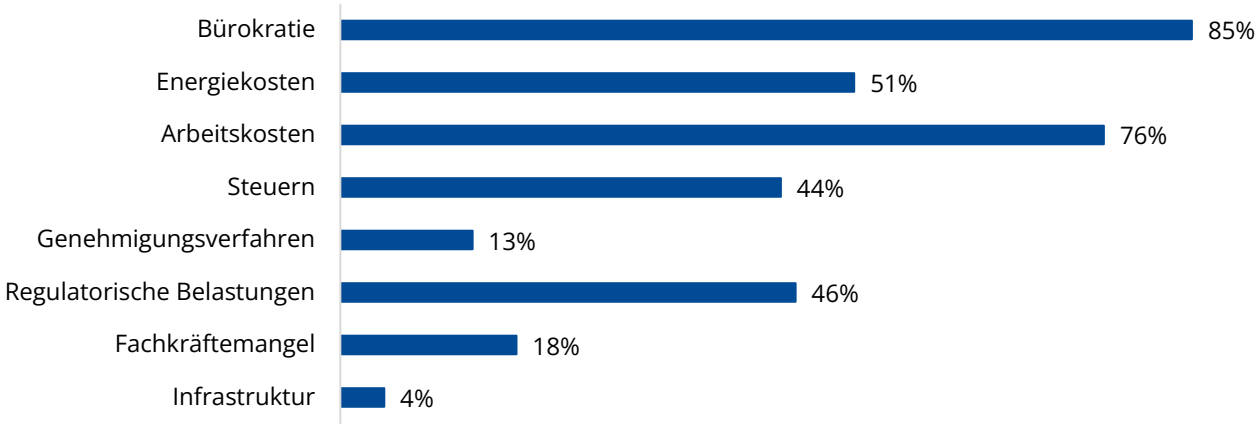
politische handlungsempfehlungen

Die schwierige wirtschaftliche Lage, vielfältige Herausforderungen aus dem strukturellen Wandel und die erheblichen geopolitischen Konflikte erfordern aus Sicht des LGAD mutiges und entschlossenes politisches Handeln, um die Wettbewerbsfähigkeit und Leistungsfähigkeit des Standortes Deutschland zu stärken. Angesichts der vielfältigen Herausforderungen braucht Deutschland mehr Wachstum, flexiblere Strukturen und weniger Bürokratie, um im internationalen Umfeld bestehen zu können und Deutschland als Wirtschaftsmotor in Europa voranzubringen.

Die Großhändler in Bayern unterstreichen in der mit dem BGA durchgeführten-Konjunkturumfrage vom Sommer 2026 den Handlungsbedarf zur Stärkung der **Wettbewerbsfähigkeit**. Nur 3 Prozent gaben an, dass sich die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland für ihre Geschäftstätigkeit in den vergangenen zwölf Monaten verbessert hat, aber für 41 Prozent hat sie sich verschlechtert, für 22 Prozent sogar deutlich.

Die Unternehmen des Groß- und Außenhandels in Bayern sehen als stärkste Belastung ihrer Wettbewerbsfähigkeit Bürokratie und Arbeitskosten. Dies gaben 85 Prozent bzw. 76 Prozent der an der Umfrage teilnehmenden Unternehmen an. Aber auch Energiekosten (51 Prozent), EU-Regulatorik (46 Prozent) und Steuern (44 Prozent) gehören zu den wesentlichen Faktoren, die die Wettbewerbsfähigkeit belasten.

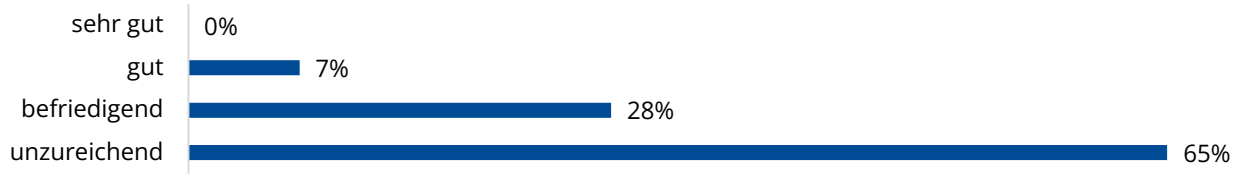
Welche Faktoren belasten Ihre Wettbewerbsfähigkeit am stärksten?



(Quelle: BGA Unternehmensbefragung, Sommer 2026; Grafik: BGA)

Die Unternehmen in Bayern haben daher von der Bundesregierung eine konsequente Verbesserung der Angebotsbedingungen erwartet. Die vergangenen Monate waren trotz Sofortmaßnahmen enttäuschend. Den vor der parlamentarischen Sommerpause vereinbarten Reformpaketen stehen die Großhändler daher aktuell kritisch gegenüber. Rund zwei Drittel der Großhändler in Bayern bewerten die geplanten **Reformen** als unzureichend und erwarten demnach deutliche, vor allem mittelstandsfreundliche Nachjustierungen.

Wie beurteilen Sie die von der Bundesregierung beschlossenen Reformpakete insgesamt?

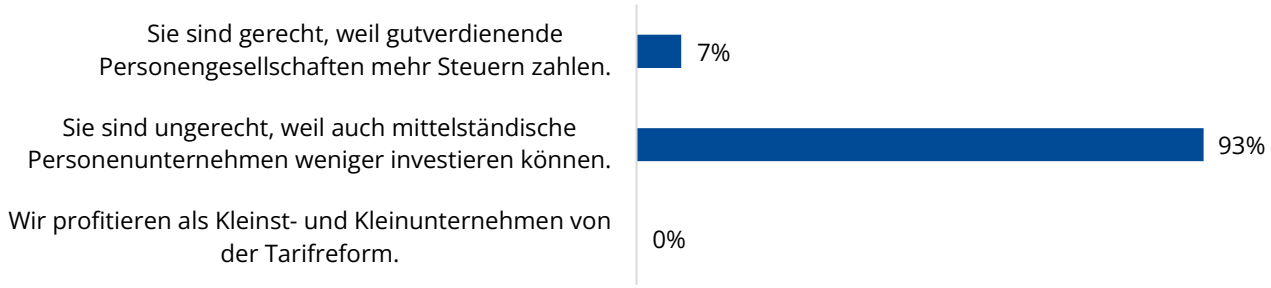


(Quelle: BGA Unternehmensbefragung, Sommer 2026; Grafik: BGA)

Nach Auffassung der klaren Mehrheit der Großhändler in Bayern greifen die vorgestellten Reformpakete zu kurz, weil strukturelle Kernprobleme nicht oder nur unzureichend angegangen werden (65 Prozent). Für 28 Prozent sind sie ein erster Schritt, dem weitere Maßnahmen folgen müssen.

Nach der Umsetzung des steuerlichen Sofortprogramms mit der Einführung der befristeten Sonderabschreibungen für Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens und der schrittweisen Senkung der Körperschaftsteuer für Kapitalgesellschaften und der Thesaurierungsbelastung für Personenunternehmen stehen aus Sicht des Großhandels Strukturreformen bei der Unternehmensbesteuerung auf der Agenda.

Wie bewerten Sie die Eckpunkte für eine Einkommensteuertarifreform aus Sicht Ihres Unternehmens?

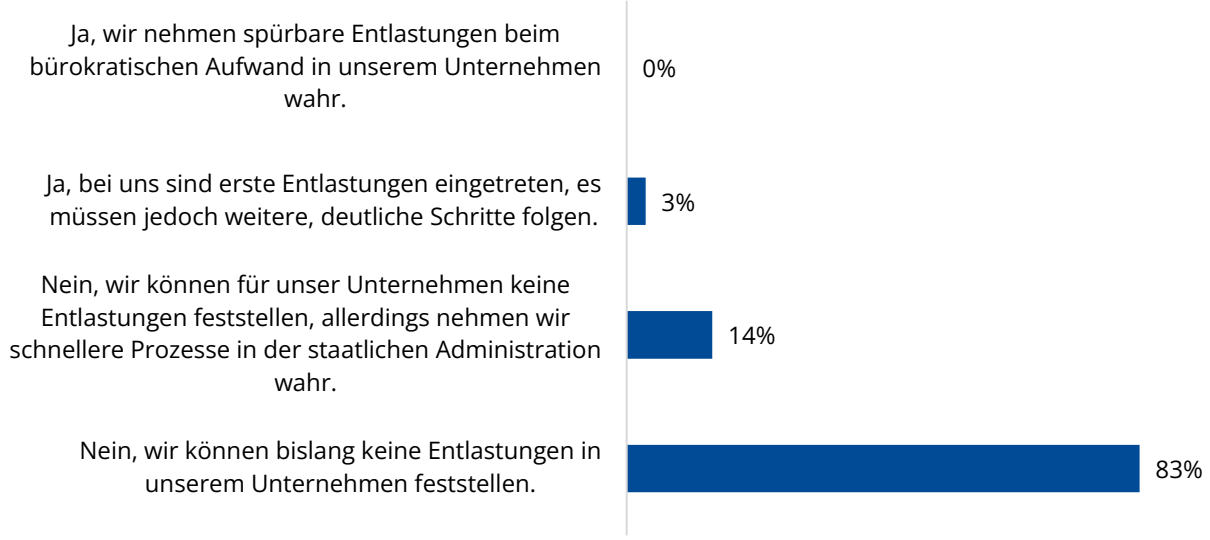


(Quelle: BGA Unternehmensbefragung, Sommer 2026; Grafik: BGA)

Nach Auffassung des LGAD hätte die Politik die im Koalitionsvertrag vereinbarte Einkommensteuertarifreform nicht nur für die Senkung der Belastung kleiner und mittlere Einkommensbezieher nutzen sollen, sondern auch für Vereinfachungen bei der **Unternehmensbesteuerung**. Die nun vorgelegten Maßnahmen sehen jedoch zusätzliche Belastungen bei der Einkommensbesteuerung für erfolgreiche Personenunternehmen vor. Für Personenunternehmen ist die Einkommensteuer zugleich die zentrale Unternehmensteuer. Kapitalgesellschaften sind nicht betroffen. 93 Prozent der Personenunternehmen sehen sich daher ungerecht behandelt. Die Steuerumverteilung zu ihren Lasten schmälert die zur Verfügung stehenden Finanzmittel für Investitionen und verstärkt allenfalls die ohnehin bereits bestehende Investitionszurückhaltung.

Der LGAD setzt sich vor diesem Hintergrund für eine echte Tarifreform und Rechtsformneutralität für Personenunternehmen durch eine bessere Thesaurierungsbegünstigung, eine praktikable Körperschaftsteueroption und weniger Hürden beim Rechtsformwechsel ein.

Ergeben sich aus den bisherigen Maßnahmen für Ihr Unternehmen Entlastungen bei Bürokratie und Genehmigungsverfahren?



(Quelle: BGA Unternehmensbefragung, Sommer 2026; Grafik: BGA)

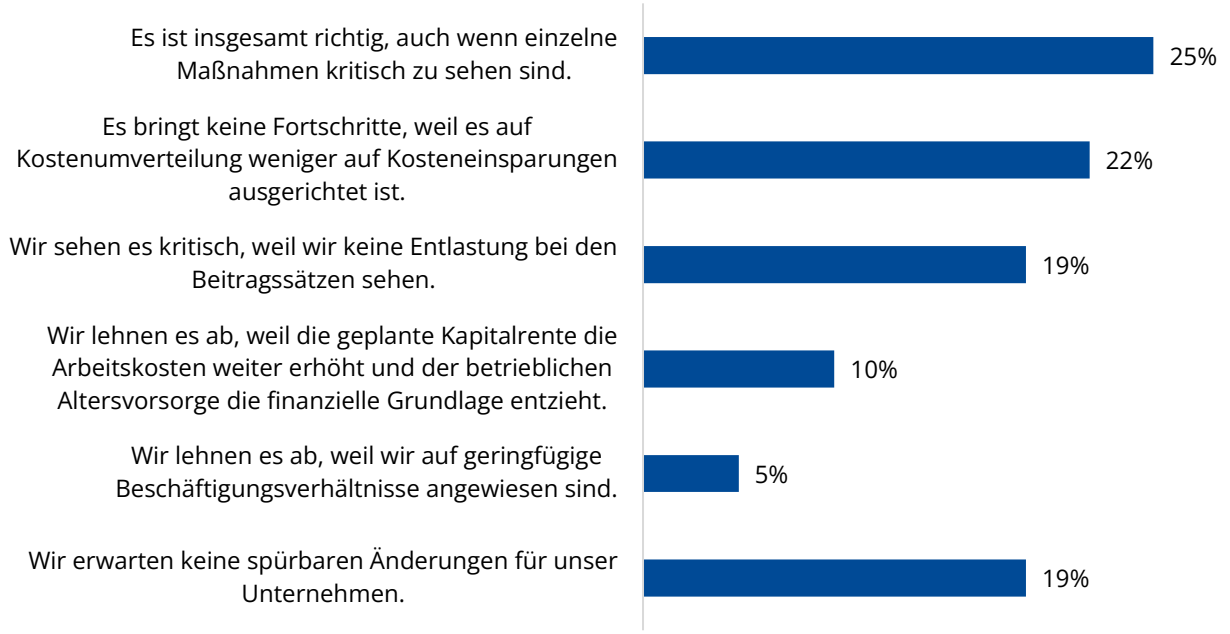
In den vergangenen Jahren hat die Flut an EU-Regulierungen und nationalen Gesetzen immer neue Anforderungen gebracht, die die Unternehmen berücksichtigen müssen. Beispielhaft hierfür sind die Vorgaben aus Nachhaltigkeitsberichterstattung, Lieferkettensorgfaltspflichten, Entwaldungsverordnung, Verpackungsverordnung und Bauproduktenverordnung. Viele Unternehmen sehen sich damit jedoch überfordert. Insgesamt können trotz einzelner Entlastungen durch verschiedene Bürokratieabbaugesetze die Unternehmen im Großhandel in Bayern keine spürbaren Entlastungen feststellen. 83 Prozent monieren fehlende Entlastungen bei **Bürokratie und Genehmigungsverfahren**.

Der LGAD setzt sich daher für einen deutlichen Abbau bestehender bürokratischer Vorgaben in allen Rechtsbereichen ein und kämpft im Rahmen aktueller Gesetzgebungsverfahren auf nationaler und europäischer Ebene gegen neue bürokratische Regulierung.

Auch die Entlastung bei **Arbeitskosten** muss ein Thema der Agenda zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit bleiben. Nach Informationen des Statistischen Bundesamtes vom April 2026 liegt Deutschland im EU-Vergleich der Arbeitskosten je geleisteter Arbeitsstunde mit 45 Euro im verarbeitenden Gewerbe und dem Dienstleistungssektor vor wichtigen Wettbewerbern wie Frankreich mit 44,30 Euro, Italien mit 32 Euro, Spanien mit 26,40 Euro, Tschechien mit 19,80 Euro, Polen mit 19,10 Euro und Ungarn mit 15,20 Euro. Deutsche Arbeitgeber zahlten im Jahr 2025 gemessen am Durchschnitt der Europäischen Union (EU) von 34,90 Euro damit rund 29 Prozent mehr für eine Stunde Arbeit.

Die Arbeitskosten setzen sich zusammen aus den Bruttolöhnen und den Lohnnebenkosten wie den (Arbeitgeber-)Beiträgen zur Sozialversicherung. Der LGAD hält vor diesem Hintergrund Reformen in den sozialen Sicherungssystemen in Deutschland nicht nur für erforderlich, um diese langfristig auch für kommende Generationen tragfähig zu gestalten, sondern auch um bei den Arbeitskosten zu entlasten. Dies gilt auch für die gesetzliche Rentenversicherung, zu der die Alterssicherungskommission am 23. Juni 2026 ihren Abschlussbericht mit 33 Empfehlungen für eine grundlegende Rentenreform vorgelegt hat. Die Bundesregierung plant, die Vorschläge zur Stabilisierung des Rentensystems und des Arbeitsmarktes 1:1 umzusetzen.

Wie beurteilen Sie das Rentenpaket mit seinen 33 Maßnahmen aus Sicht Ihres Unternehmens?



(Quelle: BGA Unternehmensbefragung, Sommer 2026; Grafik: BGA)

Das Maßnahmenpaket wird von 25 Prozent der Groß- und Außenhändler in Bayern als insgesamt richtig bewertet, auch wenn einzelne Maßnahmen – wie die geplante faktische Abschaffung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse aus Sicht des BGA - kritisch zu sehen sind. 22 Prozent sehen in dem Paket keinen hinreichenden Fortschritt, weil es auf Kostenumverteilung und weniger auf Kosteneinsparungen ausgerichtet ist, weitere 19 Prozent, weil keine Entlastung bei den Beitragssätzen erfolgt. Zusammenfassend unterstützen die Groß- und Außenhändler in Bayern die grundsätzliche Zielsetzung, halten jedoch auch zusätzliche Maßnahmen, die bei Kosten entlasten und zu Beitragssatzsenkungen führen, für erforderlich. Eine 1:1 Umsetzung reicht nicht aus, es muss mit dem Ziel nachgelegt werden, echte Entlastungen auf der Kostenseite zu generieren und dadurch die Beitragssätze und Arbeitskosten zu senken.

Auch bei den gesetzlichen Arbeitszeitregelungen und den dazu angekündigten Veränderungen muss nach Auffassung der Groß- und Außenhändler in Bayern nachjustiert werden. 45 Prozent plädieren dafür, nicht nur tarifgebundenen Unternehmen die Flexibilisierung der Arbeitszeit zu ermöglichen, sondern allen Betrieben und Mitarbeitenden. Zudem sprechen sich 29 Prozent dafür aus, dass Vertrauensarbeit ohne Aufzeichnungspflicht weiter möglich sein muss, besonders bei Tätigkeiten mit großer Zeitsouveränität der Beschäftigten, z. B. im Außendienst.

Der LGAD bekräftigt daher seine Forderungen zum Thema Arbeitszeit: Die notwendige Umstellung von einer täglichen auf eine wöchentliche Höchstarbeitszeit darf nicht von einer tariflichen Regelung abhängen, sondern muss für alle Beschäftigungsverhältnisse möglich sein. Eine echte Vertrauensarbeitszeit ohne Arbeitszeiterfassung muss möglich bleiben, gerade bei Tätigkeiten mit einem Grad an Gestaltungsmöglichkeiten durch die Beschäftigten. Auch eine Lockerung der gesetzlichen Ruhezeitregelungen sollte ins Auge gefasst werden.

Die Unternehmen des Groß- und Außenhandels in Bayern unterstützen die Politik klar im Ausbau der **Infrastruktur**. 87 Prozent sehen im Ausbau der Infrastruktur eine notwendige Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Standort Deutschland. 38 Prozent halten dabei

jedoch eine schnellere Umsetzung für erforderlich. Der LGAD tritt dafür ein, dass die Planung und Genehmigung von Infrastrukturprojekten deutlich beschleunigt, der Sanierungsstau bei Straßen, Brücken, Schienen und Wasserwegen konsequent abgebaut und die notwendigen Investitionen dauerhaft gesichert werden. Gleichzeitig braucht es weniger Bürokratie und mehr digitale Verfahren, damit Projekte schneller umgesetzt werden können. Entscheidend ist zudem ein leistungsfähiges Zusammenspiel aller Verkehrsträger. Denn nur mit einer funktionierenden Verkehrsinfrastruktur können Unternehmen ihre Waren zuverlässig, planbar und kosteneffizient bewegen.

Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V.

Am Weidendamm 1A
10117 Berlin
Telefon: 030 59 00 99 570
EMail: info@bga.de

Ansprechpartner:

Michael Alber
Geschäftsführer
Volkswirtschaft und Finanzen
michael.alber@bga.de

Johannes Golgath
Volkswirtschaft und Finanzen
johannes.golgath@bga.de

Landesverband Bayern Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V.

Max-Joseph-Straße 5
80333 München
Telefon: 089 54 59 37-0
Email: info@lgad.de